

A7 Gesellschaftliche Resilienz und Wehrhaftigkeit erhöhen – Schutz Kritischer Infrastrukturen sicherstellen!

Antragsteller*in: Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

- 1 Unsere Demokratie wird derzeit massiv bedroht - von innen wie außen. Als
- 2 Gesellschaft sehen wir uns seit langem mit anhaltenden, sehr ernstzunehmenden
- 3 sicherheitspolitischen Risiken konfrontiert.
- 4 Diese reichen von Bedrohungen durch Extremisten in und außerhalb unserer
- 5 Parlamente, die auch vor Umsturzversuchen keinen Halt machen und offen über
- 6 millionenfache Deportationen sinnieren, über weitreichende Spionage,
- 7 Desinformation und andere Formen der gezielten staatlichen Einflussnahme von
- 8 außen mit dem Ziel, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen und unsere
- 9 Demokratie und ihre Institutionen verächtlich zu machen, wo es nur geht.
- 10 Bei alledem ist eine Kooperation und unheilvolle Allianz derjenigen aus dem In-
- 11 und Ausland, die unser demokratisches System klar ablehnen, zu beobachten. AfD
- 12 und BSW tragen mittlerweile völlig unverhohlenen russische Narrative in unsere
- 13 Parlamente. Noch immer rechtsstaatlich nicht ausreichend regulierte soziale
- 14 Netzwerke, Plattformen und Messenger vernetzen Extremisten - und wirken durch
- 15 Klick- und Verwertungslogiken wie unsere Demokratie zersetzende
- 16 Brandbeschleuniger.
- 17 Immer mehr Menschen werden Opfer von Hass und Hetze. Aus online getätigten
- 18 Äußerungen werden zunehmend reale Taten. Engagierte Bürger:innen, Geflüchtete,
- 19 Journalist:innen, queere Personen, Wissenschaftler:innen und andere bekommen ihn
- 20 zu spüren. Und auch Politiker:innen erleben das hautnah – auch wir in Schleswig-
- 21 Holstein: Angriffe auf Wahlkreisbüros und Kreisgeschäftsstellen, anhaltender
- 22 Hass und Hetze gegen unserer Spitzenleute, aber auch gegen die ehrenamtlich sich
- 23 engagierenden Amts- und Mandatsträgerinnen in den Kommunalparlamenten, begegnen
- 24 uns beinahe täglich. Auch daher haben wir eine Ansprechstelle im
- 25 Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein geschaffen, die in Kürze besetzt
- 26 wird.
- 27 Diesem Hass und dieser Hetze stellen wir uns auch weiterhin entschlossen
- 28 entgegen und lassen uns nicht einschüchtern! Wir sind solidarisch mit all
- 29 denjenigen, die gezielt beleidigt, bedroht und verhetzt werden und so von ihrem
- 30 demokratischen Engagement für das Allgemeinwohl abgehalten werden sollen. Wir
- 31 setzen uns für einen noch effektiveren Schutz ein - durch gute Gesetzgebung,
- 32 starke Aufsichtsbehörden, Sanktionierung und Beratung von Betroffenen. Hierbei
- 33 müssen auch die großen digitalen Plattformen ihrer enormen gesellschaftlichen
- 34 Verantwortung sehr viel stärker als bisher gerecht werden. Zudem braucht es
- 35 weiterhin dringend einer Effektivierung der Strafverfolgung.
- 36 Innere und äußere Sicherheit sind längst eng miteinander verwoben. Die zuvor
- 37 bereits sehr großen Bedrohungen sind im Zuge des völkerrechtswidrigen
- 38 Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine noch einmal deutlich gestiegen. Seit
- 39 Beginn des jüngsten russischen Angriffskriegs auf die Ukraine erleben wir, dass
- 40 unsere Kritischen Infrastrukturen, die Lebensadern unserer Gesellschaft,
- 41 verstärkt in den Fokus autoritärer Staaten genommen werden. Diese machen auch

42 vor weitreichender Sabotage in Staaten, die der ukrainischen Regierung als
43 Unterstützer zur Seite stehen, nicht mehr Halt. Diese Operationen verfolgen das
44 offenkundige Ziel, die eigene militärische Überlegenheit und unsere
45 Verwundbarkeit zu demonstrieren. Diese Machtdemonstrationen sollen Unsicherheit
46 schüren und aufzeigen, womit man im Konfliktfalle zu rechnen hat – nämlich mit
47 dem Schlimmsten.

48 So erleben wir nicht nur gezielte Angriffe auf unsere digitalen Infrastrukturen,
49 sondern zunehmend auch auf die Unternehmen und Verwaltungen in Schleswig-
50 Holstein. Die LNG-Infrastruktur, die geschaffen wurde, um die Abhängigkeit von
51 russischem Gas durch Importe von Flüssiggas aus anderen Ländern zu reduzieren,
52 wurde vor Monaten bereits sabotiert. In höchstem Maße beängstigend sind auch
53 anhaltende Drohnenüberflüge über den Industriepark in Brunsbüttel mit seinen
54 chemischen Anlagen, Schleusen und stillgelegten Atomkraftwerken. Diese konnten
55 bislang trotz zahlreicher Versuche von Landes- und Bundesbehörden, von Polizei
56 und Bundeswehr, nicht unterbunden werden. Und so wird in unserem Land derzeit
57 deutlich, was längst für weite Teile Deutschlands gilt: Einem anhaltenden und
58 zunehmend aggressiven Agierens verschiedener autoritärer Staaten, allen voran
59 Russlands, sehen wir uns derzeit zu schutzlos ausgeliefert.

60 Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, es wurde vielfach vor ihr
61 gewarnt. Gerade das Bundesinnenministerium – unter der Führung von CDU/CSU und
62 SPD - hat die Entwicklungen verschlafen. Als Grüne in Schleswig-Holstein werden
63 wir ihr auch zukünftig nicht tatenlos zuschauen. Unter anderem braucht
64 schleswig-holsteins Polizei dringend wirksames Gerät zur Drohnenabwehr.

65 Wir können uns weder Naivität noch Ignoranz oder Tatenlosigkeit leisten.
66 Angesichts eines extrem hohen, nochmal deutlich gestiegenen
67 Gefährdungspotentials für Menschen, Umwelt und Wirtschaft fordern wir mehr
68 Schutz für unser Demokratie, ihre Institutionen und die Menschen, die für sie
69 eintreten. Unsere Demokratie muss wehrhaft bleiben und wir brauchen mehr
70 gesellschaftliche Resilienz – auch, aber längst nicht nur mit Blick auf den
71 verbesserten Schutz unserer Kritischen Infrastrukturen. Auch in den unser Land
72 umschließenden Meeren liegt weitere, hochsensible Kritische Infrastruktur wie
73 Pipelines und Datenkabel. Wir brauchen einen insgesamt verbesserten und
74 effektiven Schutz. Er ist Kernaufgabe staatlicher Sicherheitsvorsorge.

75 Vor allem das SPD-geführte Bundesinnenministerium bleibt in der Pflicht. Themen
76 wie die rechtsstaatliche Regulierung digitaler Plattformen, die notwendige
77 Neuaufstellung der Spionageabwehr im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder
78 der Schutz Kritischer Infrastruktur müssen endlich mit der notwendigen
79 politischen Entschlossenheit angegangen werden.

80 Klar ist, dass letzterer nicht allein durch staatliche Stellen gewährleistet
81 werden kann. Denn rund 80% der Kritischen Infrastrukturen in Deutschland liegen
82 in privatwirtschaftlicher Hand. Darum brauchen wir gute gesetzliche Vorgaben für
83 den Schutz physischer und digitaler Infrastrukturen und ein funktionierendes
84 Zusammenspiel von Sicherheitsbehörden und Privatwirtschaft im föderalen System.
85 Hier müssen die Innenministerien liefern und lange bekannte Defizite
86 schnellstmöglich abstellen.

87 Der effektive Schutz vor militärischen Drohnen der neusten Generation, vor Mini-
88 U-Booten, die an Oligarchenjachten hängen, und vor Geheimdienstkommandos kann
89 nicht allein die schleswig-holsteinische Landespolizei leisten. Vielmehr braucht

90 es ein gutes Zusammenspiel von Polizei(en), Nachrichtendienst(en) und Bundeswehr
91 - und strenger Beachtung verfassungsrechtlicher Vorgaben.

92 Die für den militärischen Bereich durch Bundeskanzler Scholz vor rund zwei
93 Jahren ausgerufene „Zeitenwende“ muss auch mit Blick auf sogenannte „hybride
94 Bedrohungen“ endlich umgesetzt werden. Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie
95 beweist sich auch und gerade hier. Heute stehen wir noch immer viel zu oft wie
96 das sprichwörtliche Kaninchen vor der Schlange. Damit muss Schluss sein!

97 Statt sich immer wieder viel zu sehr in Symboldebatten zu verfangen, müssen wir
98 auf längst offenbar gewordene, große sicherheitspolitische Defizite im Lichte
99 stark gestiegener Bedrohungslagen als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie mit
100 einem ganzen Maßnahmenbündel reagieren.

101 Angesichts aktueller Diskussionen um anhaltende russische Einflussoperationen
102 dürfen dabei die ebenfalls sehr ernstzunehmenden Gefahren durch andere
103 autoritäre Staaten wie z.B. China nicht aus dem Blick geraten. Auch darauf
104 weisen die Nachrichtendienste und Kontrollgremien vehement hin.

105 Nach Jahren der politischen Untätigkeit und dem Verfolgen einer in weiten Teilen
106 veralteten Sicherheitspolitik sind echte Schritte zur Erhöhung der
107 Wehrhaftigkeit unserer Demokratie überfällig. Investitionen in die Sicherheit
108 unseres Landes und damit auch in die Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaats wurden
109 lange sträflich vernachlässigt. Daher setzen wir uns als Grüne auch weiterhin
110 dafür ein, dass die „Zeitenwende“ auch mit Blick auf die Innenpolitik umgesetzt
111 wird. Die bisher einseitige Ausrichtung auf die Bundeswehr mit dem gleichnamigen
112 Sondervermögen greift zu kurz, zumal dies auch schon vollständig gebunden ist
113 und spätestens 2028 ein Milliardenloch in der Finanzplanung klafft. Sicherheit
114 gibt es nicht zum Nulltarif. Die Schuldenbremse darf nicht zum Sicherheitsrisiko
115 für unser Land werden, sie muss reformiert werden. Nicht nur aber auch, um
116 nötige Investitionen in die Sicherheit umfassend und langfristig zu ermöglichen.

117 • Hybride Bedrohungen ernst nehmen und entschlossen bekämpfen - Strukturen
118 zur Erkennung und Abwehr ausbauen: Nach jahrelanger Untätigkeit muss den
119 skizzierten, sehr ernstzunehmenden Bedrohungslagen v.a. in den
120 federführenden Innenministerien auf Landes- und Bundesebene endlich die
121 dringend notwendige politische Priorität eingeräumt werden. Die
122 Spionageabwehr muss neu aufgestellt und weitere Schritte zum Schutz
123 unserer Demokratie rechtsstaatlich entschlossen angegangen werden. Neben
124 guter gesetzlicher Regulierung braucht es starke Aufsichtsbehörden auf
125 Landes- und Bundesebene, ein verlässliches Zusammenspiel staatlicher und
126 privater Akteure und neue Formen der Kooperation im föderalen System mit
127 dem Ziel, Sicherheit effektiv zu erhöhen. Hierbei muss ein integrierter
128 Sicherheitsbegriff verfolgt werden, der innere und äußere Sicherheit –
129 unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben - zukünftig sehr viel
130 stärker zusammendenkt. Sowohl auf europäischer wie internationaler Ebene
131 braucht es zudem eine verstärkte Koordination und Kooperation bei der
132 Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen. Wir begrüßen die Kooperation
133 zwischen der Landespolizei und der Universität zu Lübeck. Wir werden die
134 Integration der Erkenntnisse aus der einsatzbegleitenden Open Source
135 Intelligence (OSINT) in die Sicherheitsarchitektur fördern und Schulungs-

- 136 sowie Forschungsmaßnahmen unterstützen, um die Effektivität der OSINT-
137 Techniken kontinuierlich weiter zu verbessern.
- 138 • Plattformregulierung entschlossen vorantreiben: Im digitalen Raum tobt ein
139 neuer Informationskrieg. Menschen werden gezielt attackiert,
140 gesellschaftliche Konflikte bewusst verstärkt, Diskurse intransparent
141 verschoben und demokratische Willensbildungsprozesse bis hin zu Wahlen
142 attackiert. Auch Cybermobbing bleibt ein großes Problem. Den Weg der
143 rechtsstaatlichen Regulierung müssen wir konsequent fortsetzen, den
144 europäischen Digital Services Act (DSA) sowie den Digital Markets Act
145 (DMA) entschlossen in nationales Recht umsetzen, Aufsichtsbehörden stärken
146 und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Ermittlungs- und
147 Strafverfolgungsbehörden müssen sensibilisiert und besser ausgestattet
148 werden, um so die Rechtsdurchsetzung weiter zu effektivieren. Auch
149 brauchen wir endlich ein Digitale Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene, das
150 wirksame Instrumente wie Accountsperrern gesetzlich verankert. Auf EU-Ebene
151 setzen wir uns im Wettbewerbsrecht weiter für die Begrenzung der
152 Marktmacht digitaler Plattformen ein.
- 153 • Schutz von Betroffenen stärken: Wir wollen Ehrenamtliche,
154 Journalist:innen, Feuerwehr- und Rettungskräfte, Beschäftigte von
155 Gerichten, Polizei, Zoll und Justizvollzug sowie Mandatsträger:innen
156 besser schützen. Mit ihrem Engagement erfüllen sie Demokratie und
157 Rechtsstaat mit Leben und leisten einen wichtigen Dienst für das
158 Gemeinwohl. Deshalb fordern wir unter anderem mehr Tempo bei der Reform
159 des Bundesmeldegesetzes, um es kommunalpolitisch Engagierten zu
160 erleichtern, eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen zu lassen,
161 sodass ihre privaten Adressen besser vor Missbrauch geschützt sind.
162 Initiativen wie HateAid, die Betroffene unterstützen, brauchen eine
163 verlässliche Finanzierung.
- 164 • Spionageabwehr effektivieren - Verfassungsschutzämter neu aufstellen: Auch
165 das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das Landesamt für
166 Verfassungsschutz Schleswig-Holstein (LfV) wollen wir mit Blick auf seine
167 wichtige Arbeit gegen die Feinde unserer Demokratie besser aufstellen. Die
168 anstehende Reform des Nachrichtendienstrechts auf Bundesebene und auf
169 Landesebene in Schleswig-Holstein werden wir nutzen, um deren Arbeit, auch
170 und gerade mit Blick auf die Spionageabwehr, zu effektivieren und die
171 parlamentarische Kontrolle weiter zu verbessern.
- 172 • Landessicherheitsüberprüfungsgesetz reformieren: Die Bedrohungen können
173 auch von innen entstehen. Wer in sicherheitsrelevanten Bereichen tätig
174 ist, wird einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Die gesetzlichen
175 Grundlagen bedürfen einer Modernisierung, z. B. im Hinblick auf die
176 Bedeutung der sozialen Medien.
- 177 • Desinformationskampagnen ausbremsen: Die Bundesregierung fordern wir auf,
178 umgehend eine Desinformationsstrategie vorzulegen und weitere, konkrete
179 Schritte anzugehen. Unter anderem bedarf es einer breit angelegten und
180 andauernden Aufklärungskampagne, um Desinformationen im Netz wirksam zu
181 bekämpfen und Bürger:innen über drohende Gefahren aufzuklären. Hier können
182 wir von unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn lernen. Der

183 öffentlich-rechtliche Rundfunk als zentrale Säule der freien
184 Meinungsbildung ist dabei ein echtes Pfund. Er muss rechtlich wie
185 finanziell auf einer soliden Grundlage stehen. Bots und Fake-Accounts
186 müssen entschlossen bekämpft werden. Hier sind auch die Betreiber gefragt,
187 tätig zu werden und endlich ihrer großen gesellschaftlichen Verantwortung
188 gerecht zu werden. Gleiches gilt für den effektiven Schutz von
189 demokratischen Diskursen, auch und gerade im Kontext von Wahlen.

190 • Kritische Infrastrukturen effektiv und einheitlich schützen: Wir brauchen
191 endlich ein KRITIS-Dachgesetz, das einen einheitlichen Schutz physischer
192 und digitaler Kritischer Infrastruktur auf hohem Niveau garantiert.
193 Gesetzliche Vorgaben sollten auch für die öffentliche Verwaltungen gelten.
194 Gerade beim KRITIS-Schutz braucht es ein gutes Zusammenspiel von
195 Sicherheitsbehörden und Privatwirtschaft im föderalen System. Zudem sollte
196 sehr viel stärker als bisher das große Know-How zivilgesellschaftlicher
197 Akteure wie beispielsweise der AG-KRITIS berücksichtigt werden. Gerade für
198 die zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), die zukünftig
199 neu unter die Regulierung fallen werden, braucht es gute, unabhängige
200 Beratung und Unterstützungsangebote. Auch muss der Gefahr der Ausspähung
201 unserer TK-Netze effektiv begegnet werden, indem Anbieter aus autoritären
202 Staaten schnellstmöglich verbannt werden. Auch der verstärkte Einsatz von
203 freier und offener Software ist zentral, um Abhängigen zu reduzieren und
204 staatliche Souveränität zu erhöhen. Zudem setzen wir uns für eine
205 verbesserte Drohnenabwehr ein, um aktuellen Risiken zu begegnen. Den
206 Ankauf von europäischer Kritischer Infrastruktur wollen wir einschränken
207 und der EU-Kommission Möglichkeiten geben, diese im Zweifel zu
208 unterbinden.

209 • Update der föderalen Sicherheitsarchitektur: Die Sicherheitsbehörden haben
210 in den vergangenen Jahren vieles geleistet, um sich besser auf die
211 Herausforderungen der Zeit einzustellen, aber die Regierungen – vor allem
212 die Innenminister:innen – in Bund und Ländern haben bisher zu wenig für
213 eine föderale Zusammenarbeit aus einem Guss getan. Ineffektive und teils
214 gefährliche Doppel-Strukturen und Zuständigkeiten, die den Feinden unserer
215 Demokratie zu viele Lücken und Gestaltungsräume eröffnen, wollen wir
216 beheben und die Aufgaben der Sicherheitsbehörden in Bund und Land stärker
217 miteinander verschränken. Hierbei wird auch über notwendige Änderungen des
218 Grundgesetzes, beispielsweise mit Blick auf Zuständigkeiten des Bundesamts
219 für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Digitalen, zu sprechen
220 sein, die die Union bisher ablehnt. Auch ist die Schaffung guter
221 Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit in den Gemeinsamen Zentren
222 dringend nötig.

223 • Demokratische Institutionen besser schützen: Nachdem wir die Resilienz des
224 Bundesverfassungsgerichts in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller
225 demokratischen Fraktionen erhöht haben, müssen wir auch andere
226 demokratische Institutionen, auch in Schleswig-Holstein, in den Blick
227 nehmen und ihre Wehrhaftigkeit gerade mit Blick auf Sperrminoritäten
228 erhöhen. Das gilt vor allen Dingen für den Landtag, die Justiz und den
229 Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk in Schleswig-Holstein. Die Debatte über
230 die Notwendigkeit eines verbesserten Schutzes unserer demokratischen
231 Infrastrukturen werden wir auf Landes- und Bundesebene vorantreiben. Auch

232 und gerade die Herzkammer unserer Demokratie, die Parlamente, müssen sehr
233 viel widerstandsfähiger gegen Angriffe werden. Wir setzen uns dafür ein,
234 dass physische und digitalen Zugänge zu sensiblen Bereichen und
235 Informationen besser gegen extremistische Bestrebungen und Angriffe
236 geschützt werden.

237 • Demokratiefördergesetz jetzt! In der Zivilgesellschaft leisten engagierte
238 Menschen in unterschiedlichen Initiativen eine unschätzbar wertvolle
239 Arbeit für unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert
240 werden muss. Zwar ist es im Bund seit 2021 gelungen, dem BMFSFJ für das
241 zentrale Programm „Demokratie leben!“ kontinuierlich mehr Mittel zur
242 Verfügung zu stellen. Es bleibt aber steten Angriffen der Demokratiefeinde
243 ausgesetzt. Daher ist es höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz auf
244 den Weg gebracht wird. Die FDP auf Bundesebene muss ihre Blockade
245 überwinden. Insgesamt brauchen wir eine ganzheitliche
246 Präventionsstrategie, mit deren Hilfe die Ideologien der
247 Ungleichwertigkeit und Gewalt bereits an der Wurzel bekämpft wird. Wenn
248 wir verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen
249 wollen, brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche
250 Organisationen, die diese Arbeit in der Fläche leisten können.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

251 Der Antrag fordert einen besseren Schutz unserer kritischen Infrastrukturen.
252 Kritische Infrastrukturen sind Einrichtungen, die für das Funktionieren unserer
253 Demokratie wichtig sind. Ob Stromtrassen, Datenkabel im Meer, alte
254 Atomkraftwerke oder neue Flüssiggas-Terminals - bei uns in Schleswig-Holstein
255 gibt es davon jede Menge. Diese Infrastrukturen werden immer wieder angegriffen.
256 Fachleute sprechen hier von Sabotage. Sie hat das Ziel, die Lebensadern unserer
257 Gesellschaft zu zerstören. In Krisen sind wir aber auf sie angewiesen. Deswegen
258 müssen wir sie schützen. Die Politik muss handeln. IN unserem Antrag schlagen
259 wir verschiedene Maßnahmen für einen besseren Schutz vor. Politik, Unternehmen
260 und Bürger*innen sollen besser zusammenarbeiten, um diese Einrichtungen zu
261 schützen. So wird sichergestellt, dass unsere Gesellschaft auch in Krisen noch
262 gut funktioniert.

263 Worum geht es?

264 Dieser Antrag spricht darüber, wie wir die wichtigsten Lebensadern unserer
265 Gesellschaft, die kritischen Infrastrukturen, besser schützen können. Das ist
266 wichtig. Denn wenn diese Einrichtungen nicht mehr funktionieren, kann das große
267 Probleme für alle Menschen bedeuten. Und sie werden bedroht. Von anderen
268 Ländern, denen es nicht gefällt, dass wir der Ukraine im Krieg gegen Russland
269 helfen.

270 Was wird gefordert?

271 1. Bessere Planung und Schutz: Wir müssen besser vorbereitet sein, wenn etwas
272 Schlimmes passiert. Dafür soll es mehr Pläne und Maßnahmen geben, um diese
273 wichtigen Einrichtungen zu schützen.

274 2. Schnelle Hilfe: Wenn etwas passiert, soll die Regierung schnell und gut
275 handeln. Es soll zum Beispiel klare Regeln geben, wer was zu tun hat, damit

276 alles schnell wieder funktioniert.
277 3. Zusammenarbeit: Alle sollen zusammenarbeiten, um die kritische Infrastruktur
278 zu schützen. Das betrifft Unternehmen, die Regierung und auch die Menschen vor
279 Ort.

280 Warum ist das wichtig?

281 Unsere Gesellschaft ist abhängig von Dingen wie Strom, Wasser und Gesundheit.
282 Wenn die Versorgung mit ihnen nicht funktioniert, sind viele Menschen in Gefahr.
283 Deshalb müssen wir gut vorbereitet sein und sicherstellen, dass diese
284 Einrichtungen immer gut geschützt sind. Das sind sie heute leider nicht immer.
285 Und das wollen wir ändern.

Begründung

Der ganze Themenkomplex ist nicht neu und die aktuellen Entwicklungen sind nicht vom Himmel gefallen. Gemeinsam mit unseren Sicherheitsbehörden haben wir als Grüne in den vergangenen Jahren immer und immer wieder auf Besorgnis erregende Entwicklungen und Gefährdungslagen hingewiesen – auch lange schon vor dem jüngsten Angriff Russlands auf die Ukraine. Bereits im Bundestagswahlkampf 2014 haben unsere Spitzenkandidaten auf die Verwundbarkeit der Kritischen Infrastrukturen in unserem Land aufmerksam gemacht. In Beschlüssen, die wir auf Landesparteitagen gefasst haben, haben wir wiederholt auf die Risiken von gezielter staatlicher Desinformation und anderer intransparente Einflussnahmeversuchen hingewiesen, genauso auf die vom organisierten Rechtsextremismus und unregulierten sozialen Netzwerken ausgehende Gefahren.

Bereits vor mehr als fünf Jahren haben wir als Landespartei entsprechende Beschlüsse gefasst und vehement vor den Risiken weitreichender IT-Angriffe und intransparenter Einflussnahmen auf demokratische Willensbildungsprozesse und öffentliche Diskurse gewarnt. Mit Blick auf sehr ernstzunehmende sicherheitspolitische Probleme haben wir rechtsstaatliche Entschlossenheit angemahnt und daran erinnert, dass dem Staat eine direkte, sich aus unserer Verfassung ergebende Schutzverantwortung zukommt, welcher die Bundesregierung gerecht werden muss – auch mit Blick auf den Schutz der eigenen Netze und Kritischer Infrastrukturen. Wir haben eine proaktive Politik zum Schutz von privater Kommunikation, digitaler Infrastrukturen und unserer Demokratie angemahnt und auf gänzlich neue Bedrohungslagen verwiesen.

Nun ist es dringend an der Zeit, Fehler zu korrigieren und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie auch mit Blick auf die Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen zu beweisen!

Beschlüsse vergangener Landesparteitage:

03/19 „Für eine gute IT-Sicherheit & eine wehrhafte Demokratie auch im Digitalen“

10/20 „Verschwörungserzählungen keine Plattform bieten!“

05/24 „Demokratie verteidigen – alle Instrumente nutzen!“

05/24 „Für ein Europa, das wir stärken, damit es uns schützt“

Dieser Antrag wurde auf der Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie & Recht am 12.09.2024 beraten und beschlossen.

Unterstützer*innen

Jörn Pohl (KV Kiel); Jan Kürschner (KV Kiel); Anke Erdmann (KV Kiel); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Luise Amtsberg (KV Kiel); Gazi Freitag (KV Plön); Denise Loop (KV

Dithmarschen); Malte Krüger (KV Steinburg); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Nelly Waldeck (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Ingrid Nestle (KV Steinburg); Burkhard Peters (KV Herzogtum Lauenburg); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg); Nina Catherine Schneider (KV Kiel); Florian Juhl (KV Pinneberg); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Dennis Zdunek (KV Herzogtum Lauenburg); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Michael Brandtner (KV Kiel); Lars Granzin (KV Ostholstein); Annette Granzin (KV Ostholstein); Moritz Bührmann (KV Kiel); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg); Torge Schmidt (KV Rendsburg-Eckernförde); Zoé Engel (KV Kiel); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Katrin Stange (KV Pinneberg); Daniela Sonders (KV Kiel); Steffen Regis (KV Kiel); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Katja Claussen (KV Flensburg); Reimo Schaaf (KV Ostholstein); Merle Richter (KV Schleswig-Flensburg); Denise Kreissl (KV Segeberg); Hinnerk Hudemann (KV Kiel); Oliver Voigt (KV Kiel); Andreas Bartelt (KV Segeberg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Torsten Block (KV Plön); Sandra Leiendecker (KV Rendsburg-Eckernförde); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Katharina Bartsch (KV Herzogtum Lauenburg); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Regine Planer-Regis (KV Lübeck); Sören Petersen (KV Lübeck); Björn Radke (KV Segeberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Susanne Lohmann (KV Stormarn); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Maren Utesch (KV Kiel); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Jörn Peter Böning (KV Plön); Stefan Lansberg (KV Plön); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Birte Duggen (KV Lübeck); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg)